



18.11.2016 – Europaessay Nr. 3/2016

### **Ein anderes Europa**

Nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten amerikanischen Präsidenten ist der "aggressive Nationalismus" endgültig hoffähig geworden. Auch den europäischen Nationalisten hat die amerikanische Wahl Schubkraft verliehen. Nationalismus, Renationalisierung und Neoliberalismus bedrohen unsere offene europäische Gesellschaft.

Die Europäische Union zeigt sich hilflos gegenüber diesem aggressiven Nationalismus, weil sie auch jetzt nicht bereit ist, sich grundsätzlich infragezustellen. Mit einem weiter so sind die auftretenden Fliehkräfte nicht beherrschbar. Viel zu lange ist die EU selbst Teil eines neoliberalen Modells. Allerdings liegt dies in erster Linie nicht an der nach wie vor faszinierenden Idee, Europa zu vereinen, sondern vielmehr an der Realität, Europa mit den Nationalstaaten bauen zu wollen. Der Verein von Nationalstaaten, in dem jeder sein Eigeninteresse vor das Gemeinschaftsinteresse stellt, ist unfähig, die europäische Zukunft zu gestalten.

Wann, wenn nicht jetzt in dieser existentiellen Fundamentalkrise, die die europäische Hilflosigkeit so schonungslos offenbart, müssen wir über Transnationalität als Alternative zum Nationalstaat nachdenken.

Der Nationalstaat hat seine historische Funktion erfüllt. Er ist in einer zunehmend globalisierten Welt nicht länger in der Lage, seine politischen wie auch ökonomischen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Mit wachsender Unübersichtlichkeit und Komplexität der Globalisierung verliert er zunehmend an Handlungs- und damit an Gestaltungsfähigkeit. Mehr und mehr wird er vom Subjekt zum Objekt einer nicht zu beherrschenden, nicht aufzuhaltenden Globalisierung.

Nach wie vor, in jüngster Zeit vermehrt, versuchen die Nationalstaaten so viel Souveränität als möglich zu bewahren oder gar zurückzugewinnen, indem sie auf zentralen Politikfeldern sich gegen die Übertragung von Souveränität auf eine supranationale Ebene sträuben.

Der Nationalstaat steht unter einem doppelten Druck. Er wird durch vielerlei Kräfte von Innen und Außen verändert. Von Innen ist er mit einer wachsenden Orientierungslosigkeit seiner BürgerInnen konfrontiert, weil er selbst orientierungslos geworden ist. Die Welt, in der der einzelne Mensch lebt, wird ständig unübersichtlicher und komplexer. Das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat nimmt zusehends ab und bietet den populistischen Rattenfängern eine ideale Plattform für ihre unausgegorenen, heilsversprechenden Rezepte einer ethnisch reinen geschlossenen Gesellschaft.

Anstatt einer neoliberalen "Überbietungslogik", die ständig neue Wege sucht, um Hindernisse und Widerstände für die "Fließgeschwindigkeit" des Kapitals auszuräumen, zu deregulieren und flexibilisieren, brauchen wir Zielvorgaben und Lebensfantasien in der Politik. Die Menschen glauben immer weniger, es gehe in der Gesellschaft gerecht zu. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer. Die wunderbare europäische Erfindung des Wohlfahrtsstaates gerät immer stärker in Gefahr. Kurzum, das dumpfe Gefühl vieler Menschen, vom Staat und seinen gesellschaftlichen Eliten im Stich gelassen zu werden, verdichtet sich zu einer resignativen Ablehnung oder einer sich empörenden Auflehnung. Beides ist ähnlich gefährlich für unsere Demokratie.

Wenn diese kurze Analyse auch nur im Ansatz stimmt, dann müssen wir dem historisch erschöpften Nationalstaat, der nur noch Störenfried eines großen gesamteuropäischen Zukunftsentwurfs ist, einen "kategorischen Imperativ" entgegen setzen.

> Wir brauchen weniger Nationalstaat, mehr Europa und mehr Demokratie. <

### *Weniger Nationalstaat*

Teilweise wurde schon begründet, warum wir in einer stark verstörenden Zeit nicht an den Nationalstaat glauben. Noch wenige Zusatzbemerkungen.

Wir wissen natürlich, dass die Nationalstaaten nicht von heute auf morgen per Dekret abzuschaffen sind. Wir wissen aber auch, dass sie nicht das letzte Wort der Geschichte mit Ewigkeitscharakter sind. Wir wissen weiter um das Beharrungsvermögen der Nationalstaaten und um die Privilegien, die für bestimmte Gruppen mit ihnen verbunden sind. Und wir wissen zudem, dass das intergouvernementale Modell Europas, in dem Entscheidungen auf dem kleinsten gemeinsamen Vielfachen ausgehandelt werden, bereits gescheitert und nicht zukunftstauglich ist. Die zunehmende Globalisierung und die damit einhergehende Entnationalisierung hebeln mehr und mehr das schwerfällige und zeitraubende Brüsseler Verhandlungsprinzip aus. Das sich selbst im Wege stehende Einstimmigkeitsprinzip tut ein Übriges.

Wenn wir ein anderes Europa wollen, müssen zwei zentrale Fragen beantwortet werden:

> Wie kann Europa jenseits des Nationalstaates regiert werden?

> Wie können wir in einem postnationalen System die Demokratie erhalten und vertiefen?

Die Beantwortung der ersten Frage, verlangt nach mehr Europa, der zweiten nach mehr Demokratie.

### *Mehr Europa*

Das Endziel, ein Europa ohne Nationalstaaten zu bauen, ist eine "Konkrete Utopie". Mit dieser Vision einer besseren, einer gerechteren europäischen Gesellschaft wenden wir uns gegen die Erstarrung des Systems, gegen das Steckenbleiben im Vordergründigen, gegen den lähmenden Funktionalismus, gegen die Dominanz der Nationalinteressen, gegen die Ungleichheit zwischen den großen und kleinen Länder, gegen die zunehmende Entsolidarisierung, gegen die Bürgerferne im heutigen Lissabon-Europa und vieles mehr.

Mit unserer "konkreten Utopie" von einem anderen Europa wollen wir kein Idealbild malen. Dies allein schon würde dem Adjektiv "Konkret" widersprechen. Nein, wir wollen trotz unserer Kritik an den bestehenden Verhältnissen Mittel und Wege einer Realisierung aufzeigen, die zu einer radikalen Veränderung der heute vorfindlichen europäischen Gesellschaft führen.

Wir können zwar die Nationalstaaten nicht sofort abschaffen, können aber sofort mit ihrer Transformation beginnen. Staaten, die bereit wären, auf zentralen Politikfeldern ihre Souveränität aufzugeben, könnten sich zu einer Europäischen Föderation neuer Art zusammenschließen. Solche Politikfelder sind: > Außen- und Sicherheit > Finanzen und Währung > Einwanderung und Asyl > Wirtschaft > Umwelt > Soziales > Steuer.

Von allen realexistierenden Föderationen kommt unserer Europäischen Föderation neuer Art das Schweizer Modell am nächsten (vg. Kinsky 1986).

> Die föderalistische Ordnung wächst von unten nach oben. Sie bejaht die kulturelle Vielfalt. Sie repräsentiert, ja, privilegiert die Minderheiten in übergeordneten Entscheidungsgremien.

> Dieser Föderalismus hat eine besondere Affinität zum Recht, zur Gleichheit der Glieder, zum Schutz autonomer Rechtsräume, zu föderativer Partizipation, zu "föderativer Gerechtigkeit", eingebettet in ein komplexes, ausgeklügeltes Gleichgewichtssystem.

> Ein solcher Föderalismus ermöglicht vielfältige Formen der Demokratie. Er verhindert eine Dominanz der Mehrheitsgesellschaft über Minderheiten.

> im Föderalismus genießen alle den gleichen Schutz übergeordneter Werte. Auch bedeutet er ein Bekenntnis zur Pluralität, zum Zusammenleben in Toleranz, zur Achtung von dem Andersartigen und anders Denkenden.

Integrieren wir diese Bedingungen in einen Europäischen Föderalismus neuer Art, so kommen wir zu einer demokratisch - föderalen - europäischen Union mit

mehr Demokratie

Die Grundlage eines hier vertretenen föderativen Europamodells ist ein regionaler Demokratieansatz, einem gelebten Föderalismus von unten mit einer bürgernahen, von der Basis kommenden subsidiären Kraft, zu einer kleinräumigen, lokal-regionalen Gesellschaftsordnung, einer direkt partizipativen Demokratie, zu betroffenen-nahen Problemlösungen, kultureller Autonomie und vielem mehr.

Ein zukünftiges Europa muss sich lösen von den gleichmacherischen, ineffektiven, allgemeinen nicht auf regionale Bedürfnisse zugeschnittenen Entwicklungen einer Zentralgewalt - und hin zu überschaubaren, anpassungsfähigen, flexiblen, kreativitätsfördernden Einheiten kommen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Zentralstaatliche, von Menschen als fremd empfundene Macht wird begrenzt, die demokratische Partizipation und damit der Wille zu konstruktiver Mitarbeit werden gestärkt, es ergibt sich eine höhere Problemverarbeitungskapazität - all dies stiftet mehr Identität und vergrößert die Systemstabilität.

Demokratie als Lebensform im Gegensatz zu der heute vorherrschenden Demokratie als Staatsform kann sich nur dort entwickeln, wo die Menschen nicht nur von Entscheidungen betroffen werden, sondern diese Entscheidungen unmittelbar und direkt beeinflussen können, mitverantwortlich in das politische Geschehen einbezogen sind.

Kleinräumige Unverwechselbarkeit, aufgehoben in solidarischen Gemeinschaften mit diskursiver Kommunikation und fairem Interessenausgleich, das sind die Voraussetzungen für Politikakzeptanz. Der Mensch als überstaatliches Wesen ist die Zentralinstanz der Demokratie.

Europa von oben ist krisenanfällig, wie wir es oft in der fast 70-jährigen Geschichte europäischer Einigungsbemühungen erlebt haben, Seine Chance hat es von unten, wenn es den Bedürfnissen der Menschen in Bildung, Kultur, Freiheit, sozialer Absicherung, Schutz von außen entgegenkommt, wenn auch der "normale" Arbeitnehmer das Gefühl hat, ihm gehe es ohne die Europäische Union schlechter. Eine Föderation neuer Art ist nahe beim Alltag der Menschen. Ein solches Europa der Zukunft wird humanistisch, kulturell vielfältig, regional, föderal, ein Volk von europäischen Völkern, oder es wird gar nicht sein.